



De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

Februar 2016 - 2

www.dkp-koeln.de

Komödiensattel München: Wir sind immer die Friedfertigen!

An diesem Wochenende, dem 13/14 Februar, veranstalten die westlichen Militärallianzen ihre „Sicherheitskonferenz“ in München. Putin wurde heftig umgarnt, doch er bleibt fern. Russland fühlt sich mit seinen Sicherheitsinteressen nicht ernst genommen. Putins Rede im Jahre 2007 wurde in völliger Verblendung als Drohung abgetan. Russlands wichtiger Beitrag zur Lösung des iranischen Atomkonflikts wurde kleingeredet. Die Lösungsversuche im Ostukraine- und Syrienkonflikt wurden durch schmierige deutsche Pressekampagnen in den Dreck gezogen.

Mit der Münchener Propagandashow geht auch wieder das Auftischen von „Wintermärchen“ einher. Das Wintermärchen 2001 verhiess: *Wir bauen viele Brunnen und verteidigen die Frauenrechte in Afghanistan.* Das Wintermärchen 2015 erzählte: *Wir fliegen über Syrien und Irak und leisten Aufklärung im Antiterrorkampf gegen den Islamischen Staat.*



Zunächst zum Wintermärchen 2001: Wo sind die Erfolge für Bundeswehr und NATO in Afghanistan? Alte Munition wurde verschossen, neue Waffen wurden getestet, doch der Feind Taliban ist 2016 stärker denn je. Bundeswehr und US-Armee können bleiben und weiter morden. Wie im September 2009 in Kunduz. Dort ließ Oberst Klein zwei US-Piloten, trotz deren erheblichen Zweifels, zwei Tanklaster

attackieren. Das durchschlagende Ergebnis waren 140 Tote, überwiegend Zivilisten, die Benzin zum Heizen und Kochen von den Tanklastern zapfen wollten. Der Schreibtischtäter Oberst Klein wurde trotz alledem noch zum Brigadegeneral befördert.

Die in der ARD-„Tagesshow“ für den „Antiterror-Krieg“ in Syrien gepriesenen RECCE-Tornados sind keine harmlosen Aufklärungsflieger, denn sie leisten Vorarbeit für Luftterror-Einsätze. Wie im Frühjahr 1999 im Kosovo-Krieg gegen Serbien. Durch die deutsche Aufklärungsarbeit gelang das „erfolgreiche“ Bombardement des Chemiewerkes in Pančevo. Als ehemaliger Betriebsingenieur erlaube ich mir ein Urteil über die todbringenden Schäden: Die Elektrozentrale des Werkes war nicht das vordringliche Ziel, sondern Tanks mit umweltgiftigen, krebserregenden Stoffen, die mit Laser gelenkten Bomben punktgenau zerstört wurden. Umweltgifte und krebserregende Produkte wie Ammoniak, Benzo(a)pyren, 1,2 Dichlorethan, polychlorierte Biphenyle und Vinylchlorid wurden vorsätzlich freigesetzt. Ein Kriegsverbrechen!

Die Angriffe verletzen massiv die im Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen genannten ökologischen und humanitären Normen. Namentlich die in Artikel 35 (Wahl der Methoden und Mittel der Kriegsführung), Artikel 48 (Kriegshandlungen nur gegen militärische Ziele), Artikel 54 (Schutz lebensnotwendiger ziviler Objekte und Gebiete) und Artikel 55 (Schutz der natürlichen Umwelt) normierten Tatbestände. Schwere Verletzungen dieser Übereinkünfte gelten nach Artikel 85 Abs. 5 als Kriegsverbrechen!

Nun zum Wintermärchen 2015. Schon seit dem Sommer ist die Bundeswehr im Nordirak aktiv, mit Waffenlieferungen an die „moderaten“ kurdischen Peschmerga-Kämpfer und deren Ausbildung an deutschem Kriegsgerät. Zwar kämpfen die Peschmerga gelegentlich gegen den Islamischen Staat. Doch ihr Führer Barsani kungelt verdeckt mit der Türkei und vom IS geklautes Öl findet durch den Nordirak seine Route in die Türkei. Neben dem

„Kurden-Schlachter“ Erdogan und den „Sharia-Scheichen“ Saudia-Arabiens befördert der Westen einen weiteren „Traumpartner“ des Antiterror-Kampfes gegen den Islamischen Staat.

Um die Türkei scharwenzelt die gesamte EU- und NATO-Führungsriege. Sie verschließen die Augen vor dem Krieg Erdogans gegen das kurdische Volk, vor den unzähligen Verbrechen gegen die türkische Opposition und regierungskritische Journalisten. Propagandistisch begleitet von den deutschen und europäischen „Qualitätsmedien“. Außerhalb der Grenzen des „US-Musterschülers“ Deutschland gibt es dagegen massenhafte Kritik.

Ein offener Brief an Erdogan löste eine internationale Debatte aus. Mehr als 1.100 türkische und internationale Wissenschaftler, aus insgesamt 89 Universitäten der ganzen Welt, richteten sich in der vergangenen Woche (zweite Kalenderwoche 2015) an die Öffentlichkeit. Zu der Gruppe gehören auch Noam Chomsky und Immanuel Wallerstein. Unter der Überschrift "Wir werden nicht Teil dieses Verbrechens sein" kritisieren die Akademiker heftig Ankaras Militäroperation im kurdischen Südosten der Türkei. Der Philosoph Noam Chomsky wirft dem türkischen Staatschef darin Heuchelei und doppelte Standards insbesondere beim Thema Terrorismus vor. Er beschuldigt die türkische Regierung direkt, terroristische Organisationen zu unterstützen. Zum Anschlag gegen die Deutsche Touristengruppe in Istanbul schrieb Chomsky: "Die Türkei gibt dem Islamischen Staat die Schuld, den Erdogan in vielerlei Hinsicht geholfen hat, so wie er auch die kaum andere Al-Nusra Front unterstützt. Dann startete er eine Tirade gegen diejenigen, die seine Verbrechen gegen Kurden verurteilen, welche zufällig die wichtigsten Bodentruppen gegen den Islamischen Staat in Syrien und im Irak sind. Braucht es da noch weitere Kommentare?" Mit dem offenen Brief hatten die beteiligten Akademiker die türkischen Behörden aufgefordert, die "Massaker und Schlachtung" im Südosten des Landes sowie die Belagerung von kurdischen Städten zu beenden. Gleichzeitig warfen sie Erdogan vor, einen "Krieg gegen das eigene Volk" zu führen.

**** Erdogan reagiert prompt und lässt 14 kritische Wissenschaftler festnehmen. Ermittlungen wegen „Vaterlandsverrats“ werden gegen rund 100 weitere Akademiker eröffnet - Junge Welt vom 16.01.2016 - ****

Kanzlerin Merkel CDU und Vizekanzler Gabriel SPD führen dagegen das Schmierentheater unbeirrt fort. Frau Merkel machte Erdogan im November 2015 ihre ehrerbietige Aufwartung, damit dessen Wiederwahl mit deutlicherer Parlamentsmehrheit sicher über die Bühne ginge. Die erhoffte, größere Parlamentsmehrheit ermöglichte Erdogan, weitreichende Gesetzesverschärfungen gegen die Opposition und Kriegsaktionen in Kurdistan und Syrien durchzusetzen. Informationen über die anlaufende Unterdrückungswelle gegen die Opposition und die Kriegsvorbereitungen gegen die Kurden hielten unsere „Qualitätsmedien“ bis zur „glücklichen“ Wiederwahl Erdogans zurück.

Die Rückendeckung Erdogans wird begleitet von NATO-Säbelrasseln, in enger Abstimmung mit US-Präsident Obama. Vor Monaten hat sich Deutschland der gegen Russland gerichteten NATO-Militärdoktrin angepasst, nun beugt sich Merkel dem Washingtoner Druck und erhöht die Militärausgaben (laut der Online-Zeitung Deutsche Wirtschafts Nachrichten): „Deutschland muss auf Druck der USA seinen Militäretat erhöhen. Wofür Deutschland mehr Geld braucht, ist noch nicht ganz klar“.

Die Erhöhung des „Verteidigungsetat“ hatte Kanzlerin Merkel bereits im Verteidigungsausschuss angekündigt. „Wir müssen einen vernünftigen, qualitativen Beitrag leisten, damit andere – jenseits des Atlantiks – bereit sind, sich zu engagieren“, zitiert die Zeitung Kanzlerin Merkel. Dieser Ausspruch bedeute, so DWN, das Deutschland streng genommen nicht in der Lage sei, sich selbst zu schützen und den USA deshalb wenigstens „guten Willen signalisieren“ müsse.

Der Entschluss der Merkel-Regierung hängt also mit dem Druck aus den USA zusammen, denn Washington hat wiederholt gefordert, das alle NATO-Mitgliedsstaaten ihren Verteidigungshaushalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen sollten. Frau von der Leyen bezeichnete im November 2015 bereits die Steigerung des Wehr-Etats auf 34,3 Milliarden Euro als „langersehnte Trendwende“, um den vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden. Doch das sind erst etwa 1,2 Prozent. Um 2 Prozent zu schaffen, müssen 22,5 Milliarden Euro jährlich mehr für Kriege verschleudert werden!

Deshalb Schluss mit den Kriegsvorbereitungen

- Sofortiges Einfrieren des Rüstungsetat
- Sofortiger Rückzug der deutschen AWACS-Besatzungen aus dem Syrien-Einsatz
- Kündigung des Stationierungsvertrags für den US-Stützpunkt Ramstein*
- Ausscheiden Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO
- Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland
- Ende der Finanzhilfen und Rüstungsexporte an die Türkei
- Ende der Rüstungsexporte an Saudi-Arabien
- Finanzielle und rechtliche Unterstützung von bedrohten türkischen Oppositionellen

Geänderter Veranstaltungstermin

Gibt es eine Chance für Frieden in Syrien?

Vortrag und Diskussion mit Karin Leukefeld

Mittwoch 17. Februar 2016, 20⁰⁰ in der Lutherkirche Südstadt, Martin-Luther-Platz

Veranstalter: DFG/VK und Kölner Friedensforum

* von Ramstein aus wird der mörderische US-Drohnenkrieg in Afrika, im Nahen Osten und Vorderasien geführt.